



# Erfreuliche Stabilisierung der Einnahmeprognosen

## Regionalisierte Mai-Steuerschätzung/Koalitionsausschuss zum Finanzausgleich

**Die von Finanzministerin Heike Taubert am 12. Mai vorgelegten Ergebnisse der regionalisierten Mai-Steuerschätzung bewertete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und haushalts- und finanzpolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, als „erfreuliche weitere Stabilisierung der Einnahmeprognosen für das Land und seine Gemeinden“.**

Mit den Prognosen werde auch der strategische Ansatz der Landesregierung beim Haushalt 2015 bestätigt, nämlich einen klugen Mix aus politischer Gestaltung, Konsolidierung mit Abbau von Altverbindlichkeiten sowie der Risikovorsorge dem Haushaltsgesetzgeber vorzuschlagen. Dies sei angesichts sinkender Einnahmen aus dem Solidaripakt und steigender Ausgabennotwendigkeiten im Land und in den Kommunen aber auch notwendig.

Die vorgelegte Schätzung erhöhe dennoch die Chancen, „dass sozial und ökologisch nachhaltige Zukunftsinvestitionen und haushalterische Vernunft miteinander stärker als in den letzten Jahren in Einklang gebracht werden können“, betonte Mike Huster.

Wie die Finanzministerin informiert hatte, kann Thüringen im laufenden Jahr im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf 2015 mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 59 Millionen Euro rechnen. In der aktuellen Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten aus der Frühjahrsprojek-

tion 2015 der Bundesregierung zugrunde gelegt. Danach wird die Prognose für das reale Wirtschaftswachstum im laufenden sowie im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent angehoben. „Die Anpassungen erfolgten insbesondere bei der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer infolge weiter steigender Lohneinkommen und Unternehmensgewinne“, so Heike Taubert.

**Susanne Hennig-Wellsov: „Finanzielle Solidarität zwischen Land und Kommunen“**

„Trotz der positiven Entwicklung besteht kein Grund zu ausgelassener Freude. Im Haushaltsentwurf 2015 sind noch 724 Millionen Euro an Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen wegen teilungsbedingter Lasten eingestellt. Im Haushalt 2019 werden es nur noch 300 Millionen Euro sein. Im Jahr 2020 laufen die Hilfen aus dem Solidaripakt II vollständig aus. Für Thüringen geht es um wichtige Finanzmittel, die dringend gebraucht werden. Deshalb werden wir uns in die aktuell laufenden Verhandlungen der künftigen Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit unseren Forderungen nachdrücklich einbringen“, sagte die Ministerin.

Am 17. Mai hatte der Koalitionsausschuss der die Landesregierung tragenden Parteien sich zu seiner zweiten Sitzung getroffen und erklärt, dass sie den vom ehemaligen Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) verantworteten bisherigen Kommunalen Finanzaus-

gleich für keine geeignete Grundlage halten, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.

Sie haben die Ergebnisse der vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales vorgenommenen Evaluation zur Kenntnis genommen, nach denen das geltende Gesetz für 2016 eine Finanzausgleichsmasse im Volumen von lediglich 1,6028 Milliarden Euro zulässt. Die Koalitionspartner sind sich in dem politischen Ziel einig, dass die regelgebundene Finanzausgleichsmasse in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 jeweils 1,9 Milliarden Euro nicht unterschreiten soll. Die Entlastungsmittel des Bundes für die Grundsicherung im Alter und die Eingliederungshilfe werden vom Land vollständig an die Kommunen durchgereicht. Die Landesregierung macht Vorschläge, um den Investitionsbedarf in den Kommunen als Maßstab für die Höhe der Zuschüsse aus dem Finanzausgleich stärker zu berücksichtigen.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Partei, Susanne Hennig-Wellsov, dazu: „Rot-Rot-Grün steht zu seinem Wort. Der neue Kommunale Finanzausgleich wird die finanzielle Handlungsfähigkeit der kommunalen Familien sichern. Die Thüringer Kommunen erhalten für das Jahr 2016 mindestens 300 Millionen Euro mehr, als ihnen das Voß-Gesetz zugestanden hätte. Damit setzt die Koalition ein klares Zeichen für die finanzielle Solidarität zwischen Land und Kommunen.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Christian Schaft

### Deutschlandstipendium

*Im Vergangenen Jahr erhielten 397 Studierende in Thüringen ein Deutschlandstipendium nach dem Stipendienprogramm-Gesetz. Wie das Landesamt für Statistik mitteilte, stieg die Zahl der Stipendiaten im Vergleich zum Jahr 2013 um 29 Studierende bzw. 7,9 Prozent. Mit 21,9 Prozent waren die meisten Studierenden, die mit einem Deutschlandstipendium gefördert wurden, an der Friedrich-Schiller-Universität eingeschrieben (87 Studierende).*

*Damit bleibt aber das Deutschlandstipendium weiter hinter den Zahlen, welche der Bund zur Zielvorgabe erklärt hatte, zurück. Aus Sicht der LINKEN wäre statt der Gewährung dieser Schmalspur-Stipendien das Geld besser in ein existenzsicherndes und elternunabhängiges BAföG investiert.*

*Wie die Zahlen belegen, erhalten gerade einmal 0,78 Prozent aller Thüringer Studierenden ein Deutschlandstipendium. Damit wird die ursprünglich vom Gesetzgeber vorgesehene Förderquote von acht Prozent nicht mal annähernd erreicht, selbst die seit 2013 korrigierte Quote von zwei Prozent wird klar unterschritten.*

*Wie auch schon der Bundesrechnungshof 2013 rügte, fließen 40 Prozent der aufgewendeten Bundesmittel in die Verwaltung eines Programms, welches in Thüringen, aber auch darüber hinaus, kaum Studierende erreicht. Es wäre deshalb bedeutend sinnvoller, die bereitgestellten Mittel für eine Verbesserung der BAföG-Situation zu nutzen, um den allgemeinen Trend, dass ein Drittel der Studierenden neben dem Studium zur Sicherung der Lebenshaltungskosten arbeiten muss, zu mildern. Die 2014 beschlossene BAföG-Reform ging hier Schritte in die richtige Richtung, für viele Studierende ist die Mittelhöhung ab Herbst 2016 jedoch viel zu spät und bleibt ein Tropfen auf den heißen Stein.*

*Statt der weiteren Herausbildung einer studentischen Elite brauchen wir eine angemessene Unterstützung gerade der finanziell schlechter gestellten Studierenden, um Bildung für alle zugänglich zu machen. Dies sichert ein modernes BAföG noch immer am besten ab.*

**Christian Schaft ist wissenschafts- und hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag**

## AKTUELL

### Endlich Anklageerhebung nach Neonazi-Überfall

**Zur Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Erfurt gegen 15 Mitglieder der rechten Szene, die im Februar 2014 eine Kirchengesellschaft in Ballstädt bei Gotha überfallen haben, erklärten die Sprecherinnen für Antifaschismus der Thüringer Linksfraktion, Katharina König, und der Bundestagsfraktion, Martina Renner:**

„Für die Opfer des brutalen Überfalls ist der 18. Mai ein guter Tag, weil endlich Anklage gegen ihre Peiniger erhoben wurde.“ Der Angriff von Ballstädt auf eine friedliche Kirchengesellschaft, bei dem mehrere Personen teils schwerwiegende Verletzungen davontrugen, zeige exemplarisch, welche Bedrohung von organisierten Neonazis ausgehe.

Gleichwohl zeigten sich die Politikerinnen besorgt, weil in der Presseverlautbarung der Staatsanwaltschaft das in der rechten Gesinnung wurzelnde Motiv der Tat keine Erwähnung gefunden habe. „Wir hoffen, dass seitens des Gerichts den neonazistischen Motiven die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das waren keine betrunkenen Skinheads bei einer spontanen Wirtshausschlägerei, sondern ideologisierte Nazischläger, die planvoll und gezielt vermeintliche und tatsächliche Gegner physisch ausschalten wollten“, machte König die Qualität des Angriffs deutlich. Die Rädelsführer seien feste Größen in der Thüringer Neonaziszene und gruppierten sich unter anderem um das „Gelbe Haus“ in Ballstädt sowie zuvor um die sogenannte „Hausgemeinschaft Jonastal“ in Crawinkel. Bei-

den Immobilien dienen der Organisation und Festigung von Neonazistrukturen in Thüringen, insbesondere auch mit der Durchführung von Schulungen und Konzerten.

Martina Renner wies auf die engen Verbindungen in rechtsterroristische Kreise hin: „Einige der jetzt Verhafteten haben vor zwei Jahren noch auf Facebook mit Anscheinswaffen den NSU gefeiert und haben enge Verbindungen zum österreichischen Terrornetzwerk ‚Objekt 21‘. Diese Leute zeigen ganz offen und unverhohlen, wie weit ihre Menschenverachtung geht.“ Es müsse daher durch das Gericht sehr sorgfältig geprüft werden, ob hier nicht eine organisierte Struktur hinter dem Angriff stehe, die ihre menschenfeindliche Ideologie gewaltsam durchzusetzen versuche. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### AfD-Fraktion: Höckes Führungsstil

„Der vorübergehende Ausschluss von zwei Abgeordneten der AfD, welche sich kritisch gegenüber dem Rechtsaußen-Politiker Björn Höcke äußerten, zeigt vor allem eins: den diktatorischen Führungsstil des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, der Kritik nicht duldet“, sagte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, nach der Pressekonferenz am 13. Mai mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden zum vorläufigen Ausschluss zweier Abgeordneter aus der Fraktionsarbeit. Seit Monaten äußert sich Höcke völkisch-nationalistisch, gibt Interviews in klar neonazistischen Zeitschriften und positioniert sich faktisch innerhalb des rechten Spektrums. „Nun liegt es in den Händen von Jens Krumpke und Oskar Helmerich, ob sie sich diesem narzisstisch-diktatorischen Führungsstil erneut unterordnen wollen, oder Rückgrat beweisen und sich insbesondere von der Rechtsaußen-Politik der Thüringer AfD abgrenzen und mit ihrem Mandat die Fraktion der AfD verlassen“, so Katharina König. ■

### Neonazi-Gewalt: Auf dem Rücken der Opfer

Mit scharfen Worten reagiert hatte der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Dittes, auf die nach den Angriffen von Neonazis am 1. Mai in Weimar und Saalfeld „wildem Spekulationen“ des CDU-Fraktionsvorsitzenden, wonach es möglich sei, dass Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer Thüringen nicht mehr gewarnt hätten, weil in Thüringen V-Leute beim Verfassungsschutz abgeschaltet seien. „Mohring betreibt einen ideologisierten Schaukampf auf dem Rücken der Betroffenen von Neonazi-Gewalt.“

Er stellt den Sicherheitsbehörden, bewusst Teilnehmer von DGB-Kundgebungen und Anti-Nazi-protesten der Gefahr von Nazi-Angriffen ausgesetzt zu haben, weil Thüringen auf das gefährliche und untaugliche Mittel bezahlter Nazi-Spitzel verzichtet. Sachsen, Brandenburg und Hessen bedienen sich der Neonazis als V-Leute. Es wird vielmehr so sein, dass deren Einsatz den Übergriff von Weimar nicht verhinderte, die dortigen Sicherheitsbehörden auch nicht in Kenntnis des Vorhabens waren.“ Steffen Dittes forderte Mike Mohring auf, sich an der Debatte um eine wirksame Bekämpfung extrem rechter Einstellungen in der Gesellschaft und neonazistischer Organisationen zu beteiligen, anstatt die Opfer der Naziangriffe zu instrumentalisieren. ■

# „Gegen die Verdrehung der Geschichte“

**Vor der Gedenkveranstaltung zum 8. Mai im Thüringer Landtag, zu der Landtagspräsident Christian Carius (CDU) am Vorabend unter der Überschrift „Gedenken und Erinnern zum 70. Jahrestag des Kriegsendes“ eingeladen hatte, fand eine Kundgebung vor dem Plenargebäude statt unter dem Motto: „Gegen die Verdrehung der Geschichte. 8. Mai - Tag der Befreiung“.**

In einer gemeinsamen Erklärung hatten der Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (TVVdN/BdA), dessen Vorsitzende Elke Pudszuhn am Protest teilgenommen hatte (s. Foto), die Jusos Thüringen und [solid]/SDS Erfurt betont:

„Man kann sich zu recht fragen, warum der Präsident des Thüringer Landtags vom eigentlichen Datum der Befreiung von der faschistischen Barbarei abweicht und sich stattdessen mit seiner Gedenkveranstaltung auf das Ende des zweiten Weltkriegs zurückzieht.“

Auf Nachfrage bezeichnet Carius Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, als „ideologisch motivierte, phraseologische Geschichtsklitterung der SED-Diktatur“.

Diese stehe 'einer angemessenen historischen Würdigung und Einordnung der Ereignisse im Jahr 1945 entgegen'.

In der Erklärung heißt es weiter: „Der Tag der Befreiung spielt nicht nur für überlebende Verfolgte des Naziregimes, für AntifaschistInnen, DemokratInnen und WiderstandskämpferInnen eine bedeutende Rolle, er sollte auch für unser Gedenken an die Gräueltaten des Fa-

schismus in Deutschland besondere Würdigung erfahren. Dies erwarten wir auch von verantwortlichen Politikern wie Herrn Carius, der nicht zuletzt durch seine repräsentative Stellung den historischen Hintergrund des 8. Mai eindeutig als Befreiung benennen sollte. Stattdessen ergibt sich Carius' geschichtliche Bewertung einzig in schaler Polemik gegen eine vermeintliche Ideologisierung.“



### Aus der Sicht der Thüringer Friedensarbeit

Ute Hinkeldein, die mit 25 Vertretern der Thüringer Friedensarbeit an der Gedenkveranstaltung teilgenommen hatte, schrieb dazu:

„Der Landtagspräsident, Herr Carius, hatte zum '70. Jahrestag des Endes des II. Weltkrieges' eingeladen, weil es für ihn keine 'Befreiung' war, wie aus sei-

nem Grußwort hervorging. Das Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gefiel mir sehr gut, weil er mit 'Kindheitsmuster' von Christa Wolf die kulturellen und geistigen Leistungen der Ostdeutschen und der Thüringer mit einbezog – im Gegensatz zu den beiden anderen Rednern, die darauf kaum eingingen. 'Das Vergangene ist nicht vergangen...' Dieses Zitat stellte Christa Wolf ihrem Buch voran. Rikola-

Gunnar Lüttgenau von der Gedenkstätte Ettersberg-Buchenwald sagte im Zusammenhang mit den Neonazi-Attacken am 1. Mai 2015 in Weimar: 'Das gesellschaftliche Klima lässt Neonazis mutig werden.' Ein sehr kluger Gedanke, der an Christa Wolfs Buch anknüpft und auf die Probleme unserer Zeit hinweist. Dieser Satz könnte auch über der Gedenkveranstaltung stehen. (Forts. S. 10) ■

## Gesetzentwurf der Koalition für Gedenktag 8. Mai

**Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und dem damit einhergehenden Ende des 2. Weltkrieges in Europa sind die Thüringer Landtagsfraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übereingekommen, den 8. Mai künftig als landesweiten Gedenktag in Erinnerung an die Befreiung zu begehen.**

Dazu brachten die drei Fraktionen einen Gesetzentwurf ein, der die Verankerung des 8. Mai als Gedenktag anlässlich der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges im Thüringer Feiertagsgesetz festschreibt. Die Gesetzesänderung soll den 8. Mai bewusst herausheben und damit dem Gedenken einen festen Rahmen geben, um die Erinnerung an dieses einschneidende Ereignis im öffentlichen Leben und für die

künftigen Generationen zu erhalten.

**Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion:** „Angesichts zunehmender neonazistischer Gewalttaten, wie zuletzt am 1. Mai, ist die Verankerung eines Tages zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus ein richtiges und wichtiges Signal für Demokratie, Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit und gegen jedwede rassistische Hetze, Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende, gegen Antisemitismus und Antiziganismus sowie die Verherrlichung des verbrecherischen NS-Regimes.“

**Die Sprecherin für Opferverbände der SPD-Fraktion, Birgit Pelke,** ergänzte: „Nur wer aus seiner Geschichte die richtigen Schlüsse zieht, ist gut für die Gegenwart und Zukunft gerüstet. Der 8. Mai als Gedenktag soll dafür in Thüringen Anstoß geben, nicht nur an runden Jubiläen an einen Teil unserer Geschichte zu erinnern, der

besonders wichtig ist und niemals vergessen werden darf.“

**Astrid Rothe-Beinlich, Sprecherin für Aufarbeitung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** fügte hinzu: „Mit dem Gedenktag zum Tag der Befreiung unterstreicht die Regierungskoalition ihren Willen, die Lehren aus der Geschichte anzunehmen und konsequent für Frieden, die Verteidigung demokratischer Werte und der Menschenrechte einzustehen. Nie wieder dürfen wir Nazis und Rassisten unser Land überlassen. Deshalb zeigen wir auch immer und immer wieder Gesicht gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus.“

Mit der Gesetzesinitiative kann ab dem kommenden Jahr der 8. Mai als gesetzlicher Gedenktag öffentlich begangen werden. Thüringen wird sich auch für eine bundeseinheitliche Einführung des Gedenktages stark machen. ■

# Initiative gegen die Langzeitarbeitslosigkeit

**Wichtige Aufgaben unter Rot-Rot-Grün in Thüringen, die in den Bereichen Arbeit, Soziales und Wirtschaft auf der Agenda stehen, sind die Erhaltung und Schaffung GUTER ARBEIT zu fairen Bedingungen, die Sicherung der Rechte von Beschäftigten und die Entwicklung einer inklusiven Arbeitswelt, in der alle Menschen die Chance auf Teilhabe erhalten. Insbesondere die Durchsetzung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage des Landesarbeitsmarktprogramms und eine wirksame öffentlich geförderte Beschäftigung in Thüringen gehören zu den Kernprojekten der rot-rot-grünen Koalition.**

Deshalb hatten Ina Leukefeld als arbeitspolitische Sprecherin und Dieter Hausold als Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion die Landesarbeitsgemeinschaft „Arbeit für Thüringen“ sowie weitere Partner eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu einem Gespräch in den Landtag eingeladen, denn vor wenigen Tagen hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow gemeinsam mit Arbeitsministerin Heike Werner eine neue Initiative gestartet, die in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit (RD-SAT) entwickelt wurde, die „Thüringer Initiative zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“.

Sie soll den von der LINKEN favorisierten Öffentlichen Beschäftigungssektor auf den Weg bringen und einen Beitrag leisten, um Langzeitarbeitslosen die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen und gleichzeitig wichtige gemeinwohlorientierte Aufgaben im kommunalen Umfeld zu erfüllen.

Dazu gehört Arbeit im sozio-kulturellen Bereich, im Natur- und Umweltschutz, in der Seniorenarbeit, als Gemeinde- oder Stadtteilarbeiter und überall dort, wo sinnvolle Tätigkeiten zu leisten sind. Hintergrund dieser In-

itiative ist die Tatsache, dass trotz guter Arbeitsmarktlage ein hoher Anteil der aktuell ca. 32.000 Langzeitarbeitslosen in Thüringen es trotz Teilnahme an unterschiedlichsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen seit Jahren nicht schafft, in ein Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu gelangen.

Gut 80 Prozent der Langzeitarbeitslosen sind Leistungsbezieher im SGB II und erhalten oft seit mehreren Jahren Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Besonders viele der Langzeitarbeitslosen sind ältere Menschen über 50 Jahre. Sie verfügen über Berufserfahrungen, haben jedoch Probleme, dem Tempo, der Arbeitsintensität oder einfach den hohen fachlichen Anforderungen Stand zu halten und werden von Unternehmen deshalb oft eher gekündigt als jüngere Kollegen. Auf der anderen Seite gibt es in unseren Kommunen viel Arbeit, die derzeit nicht geleistet wird, weil scheinbar das Geld dafür fehlt.

Weil der Bund es derzeit ablehnt, den Einsatz von passiven Leistungen, also Arbeitslosengeld II aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Finanzierung von geförderter Beschäftigung im Sinne eines „Passiv-Aktiv-Transfers“ einzusetzen, sollen in einem ersten Schritt bereits bestehende Fördermöglichkeiten genutzt und mit Landesmitteln sinnvoll erweitert und ergänzt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Voraussetzung dafür ist allerdings ein beschlossener Landeshaushalt, wo im Entwurf zwei Millionen Euro dafür

eingepflanzt sind. Die Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Langzeitarbeitslose und Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen bekommen durch die Förderung die Möglichkeit, sinnvolle und notwendige Tätigkeiten zu verrichten.

Begonnen werden könnte ab Mitte 2015, zunächst ca. 500 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im kommunalen Bereich sowie weitere ca. 500 Beschäftigungsmöglichkeiten in der Gemeinwohlarbeit zu schaffen. Die Laufzeit der Maßnahmen soll bis zu 36 Monate betragen und unbedingt freiwillig erfolgen. Unser Anliegen war es, darüber mit den Akteuren



in der Wirtschaft, mit den Maßnahmenträgern sowie mit sozialen Vereinen und Verbänden zu sprechen und ihre Hinweise, Vorschläge und Ideen aufzugreifen.

Schließlich kommt es darauf an, in allen Phasen des angedachten Projektes gut zusammen zu arbeiten. Prof. Behr vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie war uns dabei ein guter Gesprächspartner.

MdL Ina Leukefeld

VON A BIS Z:

## Inklusion an Schulen

Mit großem Interesse hat der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf, die Umfrageergebnisse des VBE (Verband Bildung und Erziehung) zum Umsetzungsstand der Inklusion zur Kenntnis genommen: „Auch wenn nicht alles so auf Thüringen übertragbar ist, nehmen wir dies als Ansporn, die Bedingungen im Bereich der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Förderbedarf zu verbessern.“

Die im Koalitionsvertrag beschriebene Qualitätsoffensive Inklusion muss und wird kommen. So ist es im Bereich Lehrerbildung, besonders Fort- und Weiterbildung, wichtig, die Ressourcen frühzeitig zur Verfügung zu stellen. Auch muss der tatsächliche Personalbedarf, unabhängig vom Personalabbaukonzept der Landesregierung, erfasst und in Deckung gebracht werden. „Wir brauchen neben einer echten Vertretungsreserve von ca. 600 Lehrkräften auch die Deckung des Mehrbedarfs. Dieser liegt bei ca. 200 Vollzeitbeschäftigten. Auch sind hier durch zusätzliche Studienkapazitäten an den Thüringer Hochschulen die Ersatz- und Erweiterungsbedarfe zu decken. Die Verbesserung der räumlichen Voraussetzungen werden wir durch die Investitionen von 225 Millionen Euro bis 2019 in Schulbauinvestmaßnahmen sicherstellen. Die besondere Situation von verhaltensauffälligen Kindern (emotionale und soziale Entwicklungsstörungen) muss zukünftig in der Verwaltungsvorschrift zur Organisation des Schuljahres neu geregelt werden.“

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 27. bis 29. Mai sowie vom 17. bis 19. Juni statt.

### Demokratie-Tagung:

Am Dienstag, 23. Juni, 14 bis 18 Uhr, findet im Landtag (Raum 110) eine Tagung der Koalitionsfraktionen und des Thüringer Mehr- Demokratie-Bündnisses zur Weiterentwicklung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene statt.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Familien

Im Jahr 2014 lebten in Thüringen 202.000 Familien mit Kindern unter 18 Jahren, wie das statistische Landesamt informierte. Gegenüber den 223.000 Familien des Jahres 2006 ist das ein Rückgang um 21.000 bzw. neun Prozent. Im Jahr 2014 sind die Ehepaare mit minderjährigen Kindern mit einem Anteil von 51 Prozent bzw. 103.000 die häufigste Familienform. Die Alleinerziehenden wiesen einen Anteil von 27 Prozent (54.000) an allen Familien auf. Die Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern verzeichneten einen Anteil von 22 Prozent. Der Vergleich der Ergebnisse von 2006 und 2014 zeigt, dass der Anteil traditioneller Familien (Ehepaare) an allen Familien um zehn gesunken ist.

## Gasthörer

Für das Wintersemester 2014/15 meldeten die Thüringer Hochschulen neben den rund 51 000 Studierenden auch 378 Gasthörer, darunter 193 Frauen. Das waren nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 42 Gasthörer bzw. 12,5 Prozent mehr als im Wintersemester zuvor. Gasthörer können auch ohne Nachweis einer Hochschulreife einzelne Kurse oder Lehrveranstaltungen an den Hochschulen besuchen. Etwa jeder zweite Gasthörer (181 Personen bzw. 47,9 Prozent) erweitert sein Wissen an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Wie in den Jahren zuvor entschied sich der größte Anteil an Gasthörern für die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (254 Personen).

## Jugendkunstschulen

Anlässlich des Tages der Jugendkunstschulen in Thüringen am 9. Mai hatte MdL Katja Mitteldorf diese gewürdigt: „Gerade auch in Kommunen mit klammer Haushaltslage wird deutlich, dass diese Einrichtungen in ständiger Existenznot arbeiten müssen, obwohl sie einen sehr wichtigen Standortfaktor darstellen und durch ihre Kooperationen mit Schulen, Vereinen und anderen Institutionen eine Vielzahl von Angeboten schaffen. Darüber hinaus sichern die Jugendkunstschulen die kulturelle Teilhabe für Schülerinnen und Schüler sowie auch für ältere Generationen. Sie sind im Angebotsprofil ebenso wichtig für eine lebendige und vielfältige Region wie zum Beispiel Musikschulen oder Sportvereine.“

## KURZ UND PRÄGNANT

### Zum Tarifabschluss im Gaststättengewerbe

„Eine Steigerung um 6,25 Prozent ist ein hervorragendes Ergebnis“, so der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Rainer Kräuter, zum Tarifabschluss der Gewerkschaft NGG (Nahrungsgenuss-Gaststätten) im Hotel- und Gaststättengewerbe. „Schade finde ich hingegen, dass die Arbeitgeber nicht schon seit längerer Zeit ein Einsehen haben, dass mit den Gehältern in dieser Branche, und auch mit den Ausbildungsentgelten, die Beliebtheit der entsprechenden Berufe stetig sinkt. Bei Sonn- und Feiertagsarbeit, Schichten in der Nacht und oftmals dann, wenn andere frei haben, muss wenigstens die Entlohnung stimmen. Zur Fachkräftsicherung und -neugewinnung trägt es schließlich nicht bei, wenn die ortsübliche Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hotels und Gaststätten ohne Tarifbindung weit unter dem Tarifergebnis liegt. Daher muss es zum einen im Interesse der Arbeitgeber liegen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch gut von ihrer Hände Arbeit leben können und zu anderen müssen sich noch mehr Kolleginnen und Kollegen organisieren, um der Gewerkschaft mehr Kraft für künftige Arbeitskämpfe zu verleihen.“

# Schwerwiegende Folgen für das Ökosystem

## Studie zur Wirkung von Kaliabwässern auf die Entwicklung der Arten in der Werra

**Die vom Kali-Unternehmen K+S in die Werra eingeleiteten Kalilaugen sowie die Austritte aus der Verpressung der Abwässer haben schwerwiegende Folgen auf die Reproduktion der hier noch vorkommenden Fische. Die Widerstandsfähigkeit des gesamten Ökosystems ist herabgesetzt. So das Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit von Marit Wagler vom Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei Berlin-Friedrichshagen (IGB) zur Wirkung aktueller und möglicher künftiger Grenzwerte für Kaliabwässer auf die Entwicklung der Arten.**

Bei einem Pressegespräch am 11. Mai mit der Doktorandin hatte Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion, betont, dass damit erstmals überhaupt fundierte Daten vorliegen. Laut der Studie führen die in die Werra geleiteten Abwässer bei bis zu 60 Prozent der Fischbrut zu Deformationen. Tilo Kummer hatte daher erneut gefordert, dass die Verpress- und Einleitpraxis von Kali+Salz sofort beendet werden muss.

Reinhard Karol vom Verband für Angeln und Naturschutz Thüringen informierte, darüber, dass der Verband zusammen mit dem BUND Thüringen jetzt Strafanzeige wegen der Verpressung

von Kalilauge gegen Vertreter des K+S Konzerns und des Regierungspräsidiums Kassel gestellt hat.

Nach Angaben der Verbände bestehe der Verdacht einer Straftat wegen Gewässerverunreinigung. „Wir befürchten, dass die Laugenverpressung längst zu irreparablen Schäden in Grund- und Trinkwasservorkommen geführt hat“, so

salzhaltiges Formationswasser aus dem Untergrund bis in oberflächennahe Grundwasserkörper durch.

Die K+S Kali GmbH gebe selbst im Rahmen der Eigenüberwachung der Salzabwasserversenkung 56 Messstellen an, welche eine Beeinträchtigung des Grundwassers durch Salzabwässer zeigten. Im aktuellen Genehmigungszeitraum seien schätzungsweise 11 Millionen Kubikmeter Salzabwasser in den Buntsandstein gelangt.

„Wenn die zuständigen Behörden des Regierungspräsidiums Kassel die Versenkung nicht stoppen, müssen wir eben die Staatsanwaltschaften einschalten“, erklärte Reinhard Karol und verwies darauf, dass die bisherige Versenkerlaubnis an die Auflage gebunden



Dr. Burkhard Vogel, Landesgeschäftsführer des BUND Thüringen. „Die Fortsetzung der Versenkung ist nicht mehr zu verantworten.“

Nach Angaben des BUND Thüringen bricht an vielen Stellen Salzabwasser und durch die Verpressung verdrängtes

war, die Unbedenklichkeit der Salzabwasserverpressung für Grund- und Trinkwasser nachzuweisen. Obwohl diese bis heute nicht vorliege, habe das Regierungspräsidium Kassel die Versenkerlaubnis nicht widerrufen.

## „Du sollst nicht über mein Leben bestimmen“

**Am 5. Mai fand der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt, zu dem auch in Thüringen Stimmen der Betroffenen und Unterstützer laut wurden.**

So luden in Weimar die Kreisorganisation Weimar-Apolda-Sömmerda des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e.V. zum Beisammensein ein. Unter dem Motto „#begegnet\_in Weimar Atrium“ fanden organisierte Aktivitäten, z.B. eine Tour zu den barrierefreien Angeboten der Stadt, Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderungen statt. Denn es gilt heute mehr denn je, miteinander statt übereinander zu reden.

Auch die LINKE-Abgeordnete Karola Stange und die Ministerin Heike Werner begleiteten diesen Tag und begrüßten u.a. das Außerparlamentarische Bündnis für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Thüringer Landtag. In einem offenen Gespräch konnten vor allem Betroffene zu Wort kommen und ihre Sicht schildern.

Anlässlich des Protesttages organisierten sich zudem Demonstrierende in Erfurt und machten auch am Landtag halt. Hier überreichten sie sieben Gebote an die Teilnehmer des Außerparlamentarischen Bündnisses im Landtag, wie die Forderung: „Du sollst

nicht über mein Leben bestimmen. Das kann ich selbst“ (siehe Foto). Über die aktuelle Lage herrschte an diesem Tag Konsens: Meilensteine wie die UN-Behindertenrechtskonvention setzen zwar ein wichtiges Signal, doch es gilt, Worte in Taten umzusetzen! Denn laut

dem Statistischen Bundesamt wächst die Zahl der Betroffenen. Zwischen 2009 und 2013 ist in Deutschland die Zahl der Menschen mit Behinderungen von neun auf 13 Prozent gestiegen.

Auch in Thüringen ist dieser Trend zu beobachten, noch immer ist Thüringen aber Schlusslicht bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Maßstab für den Stand der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung bildet die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Seit dem 26. März 2009 ist das UN-Übereinkommen in Deutschland in Kraft. In den 50 Artikeln der Schrift

werden Themen, wie Barrierefreiheit, Bildung, Arbeit und Gesundheit, aufgearbeitet. Ziel ist es, Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen.

Dazu gehört es auch, Aufklärungsarbeit voranzutreiben, denn bestehende



Vorurteile und alltägliche Diskriminierung müssen überwunden werden. Dies ist auch Aufgabe der Landespolitik. Im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün (2014) wurde dies bereits aufgegriffen:

„Die UN-Behindertenkonvention hat zu einem Neuanfang im Umgang mit Menschen mit Behinderungen geführt. In Umsetzung der Konvention will die Koalition materielle und ideelle Barrie-

ren abbauen und allen Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.“ Nicht zuletzt deswegen soll das Behindertengleichstellungsgesetz novelliert werden.

In den Gesprächen mit dem Außerparlamentarischen Bündnis und den Betroffenen wurde zudem sehr deutlich: Das Berufsleben stellt einen wesentlichen Teil zur Selbstbestimmung dar. Um daher die tatsächliche Gleichstellung voranzutreiben, ist im Koalitionsvertrag auch ein Budget für Arbeit eingeplant. Neben der Beschäftigung in Thüringer Werkstätten sollen zudem mehr berufliche Alternativen für Menschen mit Behinderung geschaffen werden, damit wird einem längst überfälligen Bedarf nachgekommen.

Die Liste der Herausforderungen ist lang, so gilt es z.B. auch, die Partizipation an politischen Prozessen zu fördern. Ein Angebot von GebärdendolmetscherInnen im Landtag in den Plenarsitzungen wird daher von der Partei DIE LINKE gefordert.

Der Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung verdeutlichte wiederholt die vielen Veränderungspotentiale in der Behindertenpolitik. Eine sozial gerechte und vor allem selbstbestimmte Politik für Menschen mit Behinderungen ist höchstes Ziel und gilt in der Zukunft noch besser umgesetzt zu werden!

Katja Maurer  
Fotos (2): Peter Lahn

## DAS THEMA

# Verantwortung auch zutrauen

## Kati Engel zum Treffen mit der Landesschülervertretung

In gelöster Atmosphäre traf sich die jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel, am 24. April mit der Landesschülervertretung. Der Themenstrauß war bunt entsprechend der Interessen, die die sieben Schülersprecher und ihr Sekretär mitgebracht hatten: er reichte von der Fahrtkostenerstattung für Berufsschüler über das Unterrichtsausfall-Problem bis hin zu den Stärken und Schwächen bestimmter Fächer. Hier ein Bericht von Kati Engel dazu.

Zusammen mit unserem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Steffen Kachel hatte ich mich mit Maximilian Reichel-Schindler, Vorsitzender der Landesschülervertretung (LSV), Christoph Werz, Geschäftsführer der LSV im TMBJS, sowie weiteren LSV-VertreterInnen getroffen. Die Landesschülervertretung setzt sich aus den gewählten Landesschülersprechern jeder Schulart (Berufsschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, Förderschulen, Regelschulen usw.) zusammen, die aus ihrer Mitte den Landesvorstand wählen, der die Arbeit organisiert und leitet.

Im gemeinsamen Gespräch tauschten wir uns über Themen aus, die den Jugendlichen auf der Seele lagen. Die LSV begrüßt das Vorhaben der Koalition, ein Azubi-Ticket einzuführen. Gleichzeitig haben sie aber auch darauf hingewiesen, dass die SchülerInnen der Oberstufe bei der Fahrtkostenübernahme außen vor gelassen werden. Denn diese liegt im Ermessen der Kreise und endet meist nach der 10. Klasse. Da ein ermäßigtes Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr nur bis zum 14. Lebensjahr erhältlich ist, stellt dies gerade im ländlichen Raum, wo die Schulwege weiter sind, für die SchülerInnen und ihre Familien

eine große Belastung dar. Sie plädieren daher dafür, ein ausgeweitetes Schüler-Azubi-Ticket einzuführen.

Angesprochen wurde auch die fehlende Chancengleichheit, um einen höheren Bildungsabschluss erwerben zu können. Noch immer ist es vom Geldbeutel der Familie abhängig, welchen Bildungsabschluss junge Menschen erlangen können. Zu viel kosten einfach sämtliche Schulmaterialien, angefangen vom Übungsheft bis hin zum Taschenrechner, aber auch die Nachhilfe im Notfall ist nicht billig. Natürlich gehört die Inklusion von körperlich oder seelisch behinderten Menschen dazu. Im Koalitionsvertrag haben wir die Erarbeitung eines Inklusionsplans festgeschrieben.

### Von Desinteresse oder Resignation keine Spur

Gerade unter dem Aspekt der Schule wird es spannend und herausfordernd sein, nicht nur zu sehen, was junge Menschen für andere junge Menschen fordern, sondern diese Forderungen auch umsetzen zu können. Gemeinsam wollen wir uns dieser Herausforderung stellen. Ein weiteres Anliegen des LSV-Landesvorstandes waren die Unterrichtsinhalte. Diese seien oft ohne aktuellen Bezug und würden mit veralteten Methoden vermittelt.

Es kam die Frage auf, ob es nicht möglich sei, die SchülerInnen stärker in die Unterrichtsgestaltung einzubeziehen. Schließlich hat Schule den Auftrag, zu Mündigkeit und Eigenverantwortung zu führen. Aber dafür muss den SchülerInnen Verantwortung auch

zugetraut werden. Oft werden sie nur an marginalen Entscheidungen, wie z. B. der Gestaltung der Klassenräume, beteiligt. Eine Partizipation bei der Unterrichtsgestaltung findet seltener statt. Dadurch erhalten SchülerInnen keine Gelegenheit, wichtige Kompetenzen zu erwerben und Themen zu behandeln, welche ihnen wichtig sind.

Davon abgeleitet kamen wir auch zu dem letzten Diskussionsstrang, der Partizipation. Wieso wollen wir in Thüringen denn nicht mutig sein und weitere demokratische Strukturen in die Schule einbauen? In der Jugendhilfe lassen wir auch junge Menschen über die eigenen Wünsche und Bedürfnisse diskutieren und entscheiden. Eine weitere Verzahnung von Schule und Jugendhilfe, über die schulbezogene Jugendarbeit, erscheint hier ein möglicher Ansatz.

Das Gespräch zeigte sehr deutlich: Erstens sind die SchülersprecherInnen selbst ein gutes Beispiel, dass den motivierten und kreativen jungen Menschen von heute ihre eigene Zukunft, aber auch die von anderen, eben nicht egal ist. Von Desinteresse oder Resignation keine Spur. Zweitens haben wir gesehen, dass unsere Fraktion, aber auch die Koalition, inhaltlich auf der Höhe der Zeit ist.

Wir sehen die Probleme und denken in die gleiche Richtung wie die jungen Menschen. Wieviel wir davon in den nächsten Jahren umsetzen können, wird sich zeigen. Aber das eine ist schon sicher: im vertrauensvollen Gespräch und Miteinander mit der LSV und deren Vorstand werden wir bleiben.

## KURZ UND PRÄGNANT

### Treffen im Landtag

Das Treffen der gleichstellungs- und frauenpolitischen SprecherInnen der LINKEN Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion fand kürzlich auf Einladung von MdL Karola Stange im Thüringer Landtag statt. Sie wies darauf hin, dass sich die parlamentarische Arbeit in der rot-rot-grünen Koalition anders und dennoch interessant gestaltet. Das Thema Gleichstellung hat in Thüringen in der neuen Legislatur einen höheren Stellenwert.

Dies bekräftigte auch Ministerin Heike Werner, die in ihrem



Gastbeitrag die Schaffung eines neuen Frauenreferates im Ministerium ankündigte und mitteilte, dass in diesem Jahr die Frauenhäuser und Interventionsstellen besser ausgestattet werden. Zur Situation der Frauenhäuser wird es jetzt auch im Gleichstellungsausschuss des Landtags auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine öffentliche Anhörung geben.

Die Ländervertreter berichteten, dass u.a. bei der Finanzierung der Schwangerschaftsberatungsstellen und zur Arbeits- und Einkommenssituation der Hebammen Lösungsansätze gesucht werden. Die Bundestagsabgeordnete Cornelia Möhring informierte über parlamentarische Initiativen und eine geplante Filmveranstaltung mit anschließender Diskussion im Rahmen der Aktion „Fraktion vor Ort“ im September.

Im Anschluss überreichten Cornelia Möhring und Karola Stange Vertreterinnen des Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e.V. eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 950 Euro aus dem Spendenfonds der LINKEN Bundestagsfraktion (s. Foto). Ziele des Vereins sind, sich dafür einzusetzen, dass die rechtmäßig während der DDR-Zeit erworbenen Ansprüche der geschiedenen Frauen auf eine angemessene Rente durchgesetzt werden sowie eine Angleichung bzw. Gleichstellung mit den Rechten aller geschiedenen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine weitere politische Unterstützung von Seiten der LINKEN Bundestags- und Landtagsfraktion wurde den Mitgliedern des Vereins zugesichert.

Cordula Eger

## In der Europawoche beim Sömmerdaer Schülerparlament

„Seit dem Zusammenschluss der Europäischen Union gibt es die längste Friedensperiode in den europäischen Staaten.“ „Leben und Lernen im Ausland wird einfacher.“ Diese und andere Fakten wurden am 6. Mai im Rahmen der Europawoche und mit Blick auf den Europatag am 9. Mai in einer Informationsveranstaltung zum Thema „Europa“ besprochen.

Einer guten Tradition folgend traf sich das Sömmerdaer Schülerparlament auch in diesem Jahr im Sitzungssaal des Rathauses zum Vortrag des LINKE-Abgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages, Jörg Kubitzki. Nachdem die Veranstaltung vom Bürgermeister sowie dem Vizepräsidenten des Schülerparlamentes eröffnet wurde, begann die Präsentation zur Europäischen Union, Schwerpunkte: die Aufgaben der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und weiterer Euro-



päischer Institutionen, deren Zusammensetzung und Wirkungsweise innerhalb der Europäischen Union. Es wurden Möglichkeiten für Jugendliche aufgezeigt, wie sie in Europa lernen können; zum Beispiel durch Beteiligung an Austauschprogrammen, wie Erasmus und Leonardo. Dann gab es eine interessante Gesprächsrunde, in der die Kinder und Jugendlichen bewiesen, dass sie „fit“ für Europa sind. Zum krön-

nenden Abschluss der Veranstaltung und ganz im Sinne der Europawoche lud der Bürgermeister, Ralf Hauboldt (LINKE), zu einem gemeinsamen „Eis beim Italiener um die Ecke“ ein.

Foto: Interessiert verfolgten die Schüler der 5. bis 11. Klassen dem Vortrag von Jörg Kubitzki.

Julia Rinker, Dolores Hof

# Für eine wirkliche Teilhabe von Senioren

Veranstaltung „Älter werden - aktiv bleiben - Seniorenmitwirkung in Thüringen“

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag und die Senioren-AG der Landespartei DIE LINKE laden ein zur Veranstaltung „Älter werden - aktiv bleiben - Seniorenmitwirkung in Thüringen“, die am Donnerstag, den 25. Juni, im Erfurter Landtag stattfindet.

Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen und Vorstellungen. Alte Menschen sind heute gesünder und aktiver als früher. Ihre Lebenserwartung ist gestiegen und mit einem Zugewinn an aktiven Jahren verbunden.

Wir müssen als LINKE Debatten zu einem selbstbestimmten Leben in Würde und mit sozialer Teilhabe fortsetzen. Entscheidend ist es, den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen und Altersdiskriminierung zu bekämpfen, ob es dabei um die Abrechnungssysteme in der Pflege geht oder um den Umgang mit Hochaltrigen und Schwerkranken.

Menschen, die am Ende ihres Lebens von der Hilfe und Unterstützung anderer abhängig sind, müssen mit Respekt behandelt werden. Dieser Aussage werden wohl die meisten zustim-

men - sie ist jedoch im Alltag des Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeheimen, minutengenaum Abrechnungssystem bei der Pflegeversicherung und der Überforderung von Angehörigen nicht immer leicht umzusetzen.

Hier gilt es, eine gesellschaftliche Diskussion über Werte und darüber zu führen, welche Bedingungen vonnöten sind, um diesen Respekt auch leben zu können, z. B. angeregt von Seniorenbeiräten oder Seniorenbeauftragten, die sich nicht damit abfinden, bei kommunalen Fragen immer nur dann berücksichtigt zu werden, wenn es um barrierefreien Wohnraum geht, sondern sich in Stadtentwicklung, Verkehrs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik einmischen.

Um diese Strukturen zu stärken, brauchen wir ein echtes Seniorenmitbestimmungsgesetz, das eine wirkliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ermöglicht und diese im gesellschaftlichen und politischen Raum zu Wort kommen lässt - die im gültigen Gesetz formulierte Mitwirkung reicht uns nicht. Hier wollen wir als LINKE auch den Landesseniorenrat stärken. Dieser soll zum einen den stetigen

Austausch zwischen Seniorenorganisationen und Politik gewährleisten, als auch zu einem wirklichen Beratungsinstrument der Landesregierung weiterentwickelt werden.

**Öffentliche Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und der Senioren-AG DIE LINKE. Thüringen am 25. Juni in der Zeit von 10.00 bis 14.30 Uhr im Thüringer Landtag, Raum 101, Jürgen-Fuchs-Str. 1, Erfurt**

**Begrüßung:** Margit Jung, Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

**Grußworte:** Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE, Ines Feierabend, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

**Hauptreferat:** Dr. Jan Steinhausen, Geschäftsführer der Landesseniorenvertretung Thüringen „Die Seniorenmitwirkung in Thüringen“

**Diskussion**  
**Schlusswort:** Wolfgang Albold, Vorsitzender LINKE-Senioren-AG

## Diskriminierende Vorschriften überarbeiten

„Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Problem des Ausschlusses von homosexuellen Männern von der Blutspende weist in die richtige Richtung, aber weitere konkrete Antidiskriminierungsarbeit bleibt auch bei diesem Thema dringend notwendig“, hatte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion, zum Richterspruch vom 30. April gesagt.

„Das Urteil stellt klar, dass ein ‚Generalverbot‘ eine unzulässige Diskriminierung darstellt, und es verpflichtet die Gesetzgeber und Behörden auf Ebene der EU-Mitgliedsstaaten zu einem besonders verantwortungsvollen Umgang mit diesem Gestaltungsspielraum des Urteils. Auch Bund und Länder in Deutschland sind damit aufgefordert, das Verbot auf den Prüfstand zu stellen. Es muss eine Lösung herauskommen, die zwar soviel Schutz wie nötig, aber für Schwule so viel Handlungsfreiheit wie möglich bietet.“ Es sei nun notwendig, unter Hinzuziehung von Interessensvertretungen und Sach- und Fachverständigen, die diskriminierenden Vorschriften zu überarbeiten. „Die Situation in Deutschland sollte sich dem Modell der Länder anpassen, die schon vor dem EuGH-Urteil bewusst auf ein solches Verbot verzichtet haben“, so die LINKE-Gleichstellungspolitikerin, die ankündigte, dass sich die Fraktion mit eigenen Vorschlägen an der Reform beteiligen wird. ■

## „Gegen die Verdrehung der Geschichte“

(Fortsetzung von Seite 6, Zuschrift von Ute Hinkeldein)

„Professor Dr. Norbert Frei von der Friedrich-Schiller-Universität Jena begann seine Festrede mit zwei Bildbeschreibungen, die er symbolhaft für die ‚Epoche 1945‘ fand.

Das eine Bild zeigt seiner Meinung nach einen kaum erkennbaren Sowjetsoldaten, wie er die rote Fahne des Kommunismus und des Stalinismus hisst. Das andere Bild zeigt das NSDAP-Reichstagsgebäude in Nürnberg. Davor steht ein pfliffiger GI (amerikanischer Soldat), der den Hitlergruß zeigt und dabei grinst. Damit hätte er die politische Situation gut erfasst, meinte Professor Dr. Frei.

Natürlich darf und kann man subjektive Bildbeschreibungen anstellen, aber das hat mit einer wissenschaftlich fundierten Geschichtsbetrachtung wenig zu tun. Die Frage wäre auch, ob so etwas in eine Gedenkrede gehört. Der ganze Vortrag hat geschickt ein objektives Geschichtsbild ummantelt. Sehr clever für das Schwarz-Weiß-Raster in seinem persönlichen Zeitfenster.

Es ist der Stil unserer Zeit, der mir schwer im Magen liegt. Deshalb war ich auch nicht mehr in der Lage, am nachfolgenden Stehbuffet und den Gesprächen teilzunehmen.

Was mich umtreibt ist die Angst, dass solche Geschichtsbilder zur Wurzel werden könnten, für die erneute Erlangung der Staatsmacht durch Neo-

nazis. Ganz zum Schluss noch ein wunder Punkt, Herr Carius begrüßte alle anwesenden Gruppen und Gruppierungen, beginnend mit den Vertretern der Bundeswehr und der westlichen Alliierten. Nur die 25 Vertreter der Thüringer Friedenskoordination wurden vergessen. Waren sie nicht willkommen? Wusste er von unserer Anwesenheit nichts? Wie auch immer!

Haltet mich für kleinlich, aber an solchen Gesten erkennt man geistige Haltungen, unter denen schon Kurt Tucholsky litt. 2015 hat er seinen 125. Geburtstag. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

**Herausgeber:**  
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**  
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Tollhaus AfD

Der Wirtschaftsflügel der AfD löse sich auf, denn „er glaubt nicht daran, dass der rechte Durchmarsch noch zu stoppen ist“. So heißt es am 18.5. in der FAZ, die hinsichtlich des nationalen Konservatismus sonst nicht zimperlich ist. Denn gemeint ist der AfD-Flügel, den man in den Medien gemeinhin als „nationalkonservativ“ bezeichnet. Hier ist die FAZ diesmal begrifflich genauer.

Die AfD habe „ein Personal angezogen, das den Parteinamen im nationalistischen Sinn versteht“, wird in dem Artikel analysiert. Er bezieht sich auf den Rücktritt eines AfD-Kreisvorsitzenden: „Die Abgrenzung nach rechts wurde nie durchgeführt“, sagt der Mann, der wegen Kritik an Merkels Eurokurs zur AfD stieß, resigniert.

Als Protagonist des - bleiben wir dabei - rechten Flügels ist Björn Höcke zu nennen, Landes- und Fraktionsvorsitzender in Thüringen. Höcke steht nicht nur sehr weit rechts. Seine Toleranz reicht nicht einmal bis zu den Grenzen der eigenen Fraktion. Die vermittelt das Bild eines Tollhauses. Ein Abgeordneter ist ausgeschlossen, zwei haben Bewährung ohne Zugang zu Interna (was immer das heißt). Gegen einen weiteren wird ermittelt; er soll intimes Videomaterial einer Frau ohne deren Einwilligung ins Internet gestellt haben. Der AfD-Bundesvorstand wiederum will die Amtsenthebung von Höcke als Landeschef, wegen relativierender Äußerungen über die NPD...

Dessen Destruktivität wird sogar vom eigenen Parteinachwuchs kritisiert. Die Rumpffraktion versteht sich unterdessen offenbar als Handlanger bei Höckes Kurs auf der Welle rechten Größenwahns. Ein Gemaßregelter spricht von „Willkür“, er sollte dringend prüfen, was die Geschäftsordnung überhaupt dazu sagt. Falls die AfD-Fraktion eine solche besitzt, die nicht nur Björn Höcke heißt. ■